



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Claudia Köhler, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

### **Haushaltsplan 2022;**

**hier: Wohnungs- und Obdachlosenhilfe stärken!**  
**(Kap. 10 03 TG 72)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 10 03 (Allgemeine Bewilligungen) wird in der TG 72 (Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten u. dgl.) der Ansatz um 600,0 Tsd. Euro erhöht.

### **Begründung:**

Aktuelle Schätzungen der BAG-Wohnungslosenhilfe sind alarmierend. Die Jahresgesamtzahl wohnungsloser Menschen im Wohnungslosensektor ist von 237 000 Menschen im Jahr 2018 auf 256 000 im Jahr 2020 gestiegen, das ist ein Gesamtanstieg von 8 Prozent. Die Stichtagszahl Wohnungsloser steigt von 140 000 im Jahr 2018 auf 158 000 in 2020, das ist ein Gesamtanstieg um knapp 13 Prozent. Der stärkere Anstieg der Stichtagszahlen im Vergleich zu den Jahresgesamtzahlen ergibt sich aus einer abnehmenden Fluktuation im Hilfesystem – vermutlich als Folge der Coronapandemie. Demnach mussten Hilfeangebote pandemiebedingt eingeschränkt werden: Platzzahlen in Einrichtungen mussten reduziert, ebenso wie Beratungstermine und Hilfen in niederschweligen Angeboten. Es wird deshalb vermutet, dass es eine hohe verdeckte Wohnungslosigkeit gibt, weil Hilfesuchende nicht an das Hilfesystem andocken können. Hauptgründe für die steigenden Zahlen im Wohnungslosensektor sind für das nach wie vor unzureichende Angebot an bezahlbarem Wohnraum, der sinkende Bestand an Sozialwohnungen und eine Verfestigung der Armut. In Bayern sind insbesondere die „Fachstellen zur Vermeidung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit“ anerkannte und kompetente Beratungsstellen, die von Wohnungs- und Obdachlosigkeit bedrohten Menschen einen niederschweligen Zugang zu umfassender Hilfe bieten. Sie leisten durch Hilfen bei drohender Kündigung oder Wohnungsräumung einen wichtigen Beitrag zur Prävention von Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Auch um die Empfehlungen des Runden Tisches Obdachlosigkeit umzusetzen, braucht es zusätzliche Mittel.